

Besondere Vertragsbedingungen der Thüringer Fernwasserversorgung zu Ingenieurleistungen Objektplanung Ingenieurbauwerke

Leistungsbilder und Planungsphasen richten sich grundsätzlich nach der zum Vertragsabschluss gültigen HOAI, sofern im Vertrag nicht explizit schriftlich anders bestimmt.

Der zugrunde liegende Ingenieurvertrag berücksichtigt die Neuregelungen der §§ 650 p – 650 t BGB (seit 1. Januar 2018) und die Einzelvorgaben des Angebotes im Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bieter. Sofern der Leistungsumfang über die Leistungsphase 8 hinausgeht, gilt grundsätzlich eine Teilung in

- Leistungsumfang bis einschließlich Leistungsphase 8 und
- Leistungsphase 9

als vereinbart.

Durch den/die Ingenieur*in sind zwingend die aktuell geltenden gesetzlichen Regelungen sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die zutreffenden Unfallverhütungsvorschriften sowie die Richtlinien, Sicherheitsregeln und Merkblätter des Unfallversicherungsträgers, der Berufsgenossenschaft BG ETEM – Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse in allen Planungsphasen zu beachten.

Dies bedeutet insbesondere auch, dass bei der Einteilung von Arbeiten an sich sowie – wenn diese gleichzeitig oder hintereinander durchgeführt werden sollen – und bei der Bemessung der Ausführungszeiten für diese Arbeiten die allgemeinen Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes zu berücksichtigen sind.

Grundlage für die Erstellung der Planungsunterlagen ist die aktuelle Einmess- und Zeichenvorschrift der Thüringer Fernwasserversorgung, Teil A oder Teil B.

Die Struktur der Planungsunterlagen hat den Vorgaben „Inhaltsverzeichnis Erläuterungen zur Planungsdokumentation“ zu erfolgen.

1 Zur Phase 3 – Entwurfsplanung

Die in dieser Leistungsphase aufzustellende Kostenberechnung ist nach DIN 276-2018-12 über alle Kostengruppen aufzustellen, auch Leistungsumfänge außerhalb des Leistungsumfanges des Ingenieurs/der Ingenieurin sind nach Abstimmung mit dem AG aufzunehmen, sodass der Gesamtwertumfang des Vorhabens dargestellt wird.

Die Unterlagen der Entwurfsplanung und eine Power-Point-Präsentation dazu sind dem AG zu übergeben.

Die Entwurfsplanung wird im Rahmen eines Begutachtungstermins von dem/der Ersteller*in mittels einer Power-Point-Präsentation vorgestellt (Teilleistungsnachweis Ingenieur*in). Über das Ergebnis der Begutachtung erstellt der AG eine Niederschrift. Die enthaltenen Festlegungen sind Grundlage für die weitere Planung.

2 Zur Phase 4 – Genehmigungsplanung

Der/die Ingenieur*in stimmt vor Antragstellung mit der Genehmigungsbehörde den Umfang der einzureichenden Unterlagen ab.

Für das Genehmigungsverfahren notwendige Planungsausfertigungen sind bis zu sieben Ausfertigungen Bestandteil der Nebenkostenpauschale des Ingenieurs/der Ingenieurin.

Mit der zusammengestellten Genehmigungsplanung sind die Genehmigungs-/Bauantragskonzepte dem AG zu übergeben.

Der/die Ingenieur*in ist verantwortlich für das rechtzeitige Einreichen der für die behördliche Genehmigung/Bauausführung erforderlichen Unterlagen (unter anderem Statikprüfung, fachtechnische Stellungnahme).

Der/die Ingenieur*in übergibt dem AG den notwendigen Grunderwerbs- beziehungsweise Grundstücksnutzungsplan; hierin ausgewiesen alle grundstücksrelevanten Angaben (wie Bauwerke, Trassenführung der Hauptleitungen, Entleerungsleitungen, erdeingebaute Armaturen, Kabeltrassen, Messsäulen et cetera) als Grundlage der durch den AG zu veranlassenden Grundstückssicherung. Die Bestellung von projektbedingten Katasterunterlagen erfolgt durch den AG nach Anforderung durch den/die Ingenieur*in.

3 Nachträgliche Änderungen der Planungs- beziehungsweise Ausschreibungsunterlagen

Werden im Nachgang von Ausschreibung beziehungsweise Zuschlagserteilung (an den Ausführenden) Änderungen an den Planungs- beziehungsweise Ausschreibungsunterlagen erforderlich, die zur Vorhabenrealisierung notwendig sind und im Voraus erkennbar waren, jedoch nicht erkannt wurden und damit zu einer Nachtragsvereinbarung zwischen AG und Ausführenden führen, dann

- a) erstattet der/die Ingenieur*in dem AG eine **Pauschale für dessen zusätzlichen Verwaltungsaufwand** in Höhe von 5 % bei einem Wertumfang des notwendigen Nachtrages bis 15.000 Euro – mindestens jedoch 175 Euro – beziehungsweise 1.250 Euro pro Nachtrag mit einem Wertumfang größer 15.000 Euro;
- b) erarbeitet und übergibt der/die Ingenieur*in mit seiner **detaillierten Nachtragsbegründung** dem AG bei Fördervorhaben auch unverzüglich und unaufgefordert die für eine Beantragung der Nachförderung vorbereiteten **Finanzierungsanträge**;
- c) haftet der/die Ingenieur*in bei Fördervorhaben für die entstehenden Vermögensschäden des AG in Höhe des dem AG **verlustig gehenden Fördermittelanteiles**;
- d) gilt für die über 10 vom Hundert hinausgehenden Überschreitungen des Mengenansatzes, die zu keiner Nachtragsvereinbarung führen, der Punkt c) gleichlautend;
- e) bleiben der Nachweis und die Geltendmachung weiterer Schadenersatzansprüche des AG vorbehalten.